

An Herrn Landrat Reuter

im Hause

über Kreistagsbüro



Göttingen, 30.08.2019

**Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 1. Oktober 2019**  
**Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 2. Oktober 2019**

Sehr geehrter Herr Reuter,

hiermit möchten wir Sie bitten, die Tagesordnung der Sitzungen des Kreisausschusses am 01.10. 2019 und des Kreistages Göttingen am 02.10.2019 um den Beratungspunkt

**„Der Landkreis Göttingen wird sicherer Hafen“**

zu ergänzen.

Wir beantragen dazu folgendes:

Göttingen wird sicherer Hafen

### **1. Öffentliche Solidaritätserklärung**

Der Landkreis Göttingen erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und damit u.a. den folgenden Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.

### **2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung**

Der Landkreis Göttingen positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Er übernimmt außerdem die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran und unterstützt die Seebrücke Göttingen finanziell.

### **3. Aufnahme zusätzlich zur Quote**

Der Landkreis Göttingen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher. Dabei erklärt sie sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsschiff (ähnlich eines Relocation-Programms) direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird von der Stadt Göttingen auf ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Niedersachsen hingewirkt.

#### **4. Aufnahmeprogramme unterstützen**

Der Landkreis Göttingen setzt sich gegenüber dem Bundesland Niedersachsen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein und bietet dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an:

- Der Landkreis Göttingen fordert die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Abs. 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- Der Landkreis Göttingen fordert die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Abs. 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.
- Der Landkreis Göttingen erklärt sich dem Bundesland Niedersachsen und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.

#### **5. Kommunales Ankommen gewährleisten**

Die Stadt Göttingen sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

#### **6. Nationale und europäische Vernetzung / Bündnis Sichere Häfen**

Für die Umsetzung der oben genannten Punkte setzt sich der Landkreis Göttingen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv ein. Der Landkreis Göttingen beteiligt sich am Städtebündnis „Städte Sicherer Häfen“ und am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

#### **7. Transparenz**

Der Landkreis Göttingen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen Göttingen zu einem Sicherem Hafen wird.

#### Begründung:

Erfolgt mündlich

Dr. Eckhard Fascher